

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen der Postämter entgegen. — Erscheint wochentags. Preis pro Anzeigen Nr. 25.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen der Anzeigen und die Anzeigen der Postämter entgegen. — Erscheint wochentags. Preis pro Anzeigen Nr. 25.

Extrakt: Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 56

Sonntag, den 6. März 1932

27. Jahrgang

Die Frage der Donauföderation

Frankreichs Intrigenpiel in der Südokeuropa-Politik

Das deutsche Angebot an Österreich und der Tardieu-Plan

Berlin, 4. März. Der gestrige Schritt des deutschen Gesandten in Wien und der Plan des französischen Ministerpräsidenten Tardieu über die Bildung einer Donauföderation werden am besten charakterisiert durch das Echo, das sie in Österreich und insbesondere auch in Ungarn gefunden haben. In hiesigen politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß dieser Vorschlag, der in Wirklichkeit ja nur eine Vereinigung der notleidenden Staaten bezweckt, eine Hilfe für Österreich und die übrigen Donauländer nicht bringen kann. Eine Vereinigung der Notleidenden untereinander ohne irgendwelche Hilfe von außen muß völlig unwirksam bleiben. Außerdem ist der Plan Tardiens vorläufig noch unklar und unkonkret gehalten, daß sich seine Auswirkungen noch in keiner Weise übersehen lassen. In völligem Gegensatz dazu steht der deutsche Vorschlag, der in ganz positiver Form und unter Angabe von Einzelheiten ein wirklich praktisches Hilfsangebot an Österreich darstellt. Dazu kommt, daß die in diesem Angebot enthaltenen Hilfsmassnahmen auch auf andere Länder ausgedehnt werden können.

Wiener Stimmen

Wien, 4. März. Sämtliche Wiener Morgenblätter unterstreichen den ersten Erfolg des Appells des österreichischen Bundeskanzlers, mit allen Nachbarstaaten, ja mit allen Staaten überhaupt, Verhandlungen anzuknüpfen, um wirtschaftliche Beziehungen zu schaffen, die den Lebenskampf der österreichischen Wirtschaft erleichtern sollen. Die Blätter begrüßen mit besonderer Genugtuung die gestrige Erklärung des deutschen Gesandten Dr. Reich im Namen der deutschen Reichsregierung und sprechen die Hoffnung aus, daß nunmehr, da nach Mittellungen des Temps auch Tardieu den Vertretern Österreichs, Ungarns und der Kleinen Entente im Namen Frankreichs den Abschluß einer auf Präferenzzöllen beruhenden Zollentente empfohlen habe, klare und deutlich erkennbare Tatsachen geschaffen werden.

Wenngleich ein formeller diplomatischer Akt der Westmächte bisher nicht vorliegt, so scheint doch, wie die Reichspost bemerkt, Frankreich mit England und Italien Fühlung genommen zu haben, die Tardieu erwarten läßt, daß auch diese Mächte der Auffassung beitreten werden. Mitteleuropa könne von seiner Wirtschaftsnöte nur durch die Befreiung seiner handelspolitischen Beziehungen von der Reichsbegünstigungsklausel und durch die grundsätzliche Zulassung von Vorzugszöllen und vollberechtigten Warenkontingenten entlastet werden. In Paris werde man das Anerbieten Deutschlands als die unentbehrliche Förderung eines handelspolitischen Neuaufbaues in Mitteleuropa umso vorbehaltloser begrüßen können, als Deutschland mit seinem Entgegenkommen für Österreich nicht in Verdacht geraten kann, politische Sonderpläne zu verfolgen.

Die nationalsozialistische „Deutsch-Österreichische Tageszeitung“ stellt fest, daß es ohne das Reich keine Lösung gebe, weder in politischer noch in wirtschaftlicher Hinsicht. Das Deutsche Reich habe mit seinem gestrigen Angebot in rühmender Weise die Initiative ergriffen.

Die „Arbeiterzeitung“ stellt eine Gefahr darin, wenn die wirtschaftlichen Sorgen Österreichs neuerlich zum Gegenstand politischer Machtkämpfe der Großmächte werden lassen sollten. Nichts könnte den Gedanken engerer wirtschaftlicher Verbindung zwischen den Nachfolgestaaten schwerer kompromittieren als der Verdacht, daß die wirtschaftliche Verbindung dem Plan einer Donauföderation und letzten Endes habsburgischen Hoffnungen dienen solle.

Die „Neue Freie Presse“ führt u. a. aus: Es obliegt den Staatsmännern, den Begriff der Donauföderation ein für allemal ab acta zu legen und mit der wirtschaftlichen Wahrheit zu versöhnen. Es ist bei der großen Rolle Deutschlands in Mitteleuropa leicht erklärlich, wenn man von deutscher Seite den Willen kundgibt, sich nicht ausschalten zu lassen, wenn man sogar vor Kampfmaßnahmen nicht zurückzucken für den Fall, daß eine kritische Lage entstehen sollte.

Auch das „Neue Wiener Tageblatt“ begrüßt die gestrige Erklärung der deutschen Regierung, die nichts Mißtrauen erwecken könne, weil sich der Schritt

Deutschlands im Rahmen der von Österreich allseits erbetenen Hilfsaktion hält. In Österreich herrsche Einstimmigkeit darüber, daß ein engerer handelspolitischer Zusammenschluß sich niemals gegen Deutschland auswirken dürfe.

Budapester Äußerungen

Budapest, 4. März. Aus Kommentaren der Blätter über den Plan Tardiens, einer wirtschaftlichen Neuorganisation Mitteleuropas, kann im allgemeinen festgestellt werden, daß die ungarische öffentliche Meinung dem Plane Tardiens zwar großes Interesse entgegenbringt, aber die Befürchtung hegt, daß von diesem Plane schwerlich etwas Dauerhaftes verwirklicht werden könne, wenn er nicht die Unterstützung aller Großmächte findet, und wenn man lediglich beim Präferenz- und Kontingentsystem bleiben will. Magyar Hirap bemängelt besonders, daß Tardieu seinen Plan mit Berlin nicht durchberaten habe. Man nehme, schreibt das Blatt, in Paris an, daß sich Deutschland infolge der Drohung der Kündigung des 50-Millionen-Dollar-Kredits in einer Zwangslage befindet. Dies treffe aber nicht ganz zu. Denn sollte Deutschland einfach auf dem Standpunkte der Reichsbegünstigung beharren, dann

Goerdeler über das Preisproblem

Berlin, 4. März. Der Reichskommissar für die Preisüberwachung, Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, sprach heute auf der Diskussionsabteilung des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit über die Technik und Entwicklung der Preislenkung. Der Redner erklärte u. a., daß Höchst- und Richtpreise niemals Gegenstand einer amtlichen Preisüberwachung sein könnten, da diese Festsetzung zu eng verbunden sei mit einer Art Zwangswirtschaft. Ebenso habe er jede Schematisierung in der Senkung und jeden schematischen Eingriff in die Wirtschaft abgelehnt in der Erkenntnis, daß die Preisbildung in der Wirtschaft dem Gesetz höchster Elastizität unterliege. Dr. Goerdeler erklärte weiter, bis auf zwei Grenzgebiete habe er seine Tätigkeit abgeschlossen. Auf dem Gebiete der Rohstoffe sei heute ein preisbindender Eingriff nicht möglich, ebensowenig bei der Landwirtschaft, bei der das Preisniveau schon auf dem niedrigsten Punkt angelangt sei. Die Hauptstoßkraft sei bei seiner Arbeit auf die Bearbeitungs- und Verteilungskosten zu richten gewesen. Hierbei sei er immer wieder auf den Faktor der Verteuerung des Verteilungsapparates durch Ueberlegung gestoßen. Er stehe auf dem Standpunkt, daß es volkswirtschaftlich erträglicher sei, eine Ueberlegung, auch wenn sie mit Opfern verbunden sei, jetzt sofort durchzuführen als sich ewig mit ihr herumzuschleppen. Dadurch ergebe sich für die Gesamtwirtschaft ein unklarer Bild, das eine Kalkulation noch mehr erschwere. Eng mit diesen allen Fragen hingen die öffentlichen Lasten und Aufgaben zusammen. Er habe jede Gelegenheit benützt, darauf hinzuweisen, daß bei der Senkung dieser Faktoren von einem ganz anderen Gesichtspunkt ausgegangen werden müsse. An eine Senkung könne nur herangegangen werden, wenn die Ausgaben Seite gleichzeitig reguliert werde. Hier jedoch habe der Kommissar keine Machtmittel. Der stärkste Block auf der Ausgaben Seite, so betonte der Redner weiter, sei die steigende Arbeitslosigkeit. Hier liege der Schlüssel für die Möglichkeit, die öffentlichen Arbeiten zu beeinflussen.

Duesterberg nur vor der deutschen Presse

Berlin, 4. März. Bei einem Pressempfang des Kampfbundes „Schwarz-weiß-rot“ stellte heute abend der Presseschef der DNVP, Prof. Dr. Duesterberg, den Oberleutnant a. D. Duesterberg als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl vor. Er betonte, daß nur die deutsche Presse geladen sei, weil es das Auslands nichts angehe, wie wir in Deutschland unser Haus einrichten.

Oberleutnant a. D. Duesterberg gab einen Ueberblick über seine persönliche Entwicklung und betonte dabei, daß ihm die Treue der alten Armee geläufig sei. Noch am 20. Februar habe Duesterberg seine Kandidatur wieder zur Verfügung gestellt. Damals habe Dr. Duesterberg noch einmal den Versuch unternommen, eine Einheitskandidatur zu erreichen. Dieser Versuch sei aber ebenso gescheitert, wie Hauptmann a. D. Goring in vorhergehenden Besprechungen am 13. und 14. Februar Forderungen gestellt habe, deren Annahme einer Kapitulation gleichkommen wäre. Zum

könne man sich schwer vorstellen, wie der französische Plan verwirklicht werden könne.

Österreichisch-italienische Handelsvereinbarung

Wien, 4. März. Die amtliche Nachrichtenstelle meldet aus Rom, daß dort von dem österreichischen Gesandten in Rom, Dr. Rothar Egger, und dem italienischen Außenminister Grandi jetzt eine Ausfuhrvereinbarung unterzeichnet wurde, die den Zweck verfolgt, im allgemeinen Interesse der Förderung des internationalen Warenaustausches den Verkehr zwischen den beiden Ländern zu beleben.

Die amtliche Nachrichtenstelle schreibt: Diese Vereinbarung sieht die Bildung eines gemeinsamen Tariffates vor, der zur Ausgabe haben wird, die Ausfuhr der Erzeugnisse der beiden Länder in sprachlicher Hinsicht zu erleichtern. Sie enthält weiter Erleichterungen für die Durchfuhr. Das Abkommen bestimmt ferner, daß die vertragsschließenden Teile den Abschluß von besonderen Vereinbarungen zwischen Gesellschaften beider Länder erleichtern werden, um die Gewährung von Ausfuhrkrediten zu begünstigen. Für die Gewährung dieser Ausfuhrkredite soll eine österreichisch-italienische Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Mailand errichtet werden.

Schluß betonte Duesterberg, daß die Aussichten des zweiten Wahlganges seines Erachtens ungewiß seien. Inzwischen komme es nach dem 13. März darauf an, ein „Kabinet des nationalen Widerstandes“ vorzubereiten.

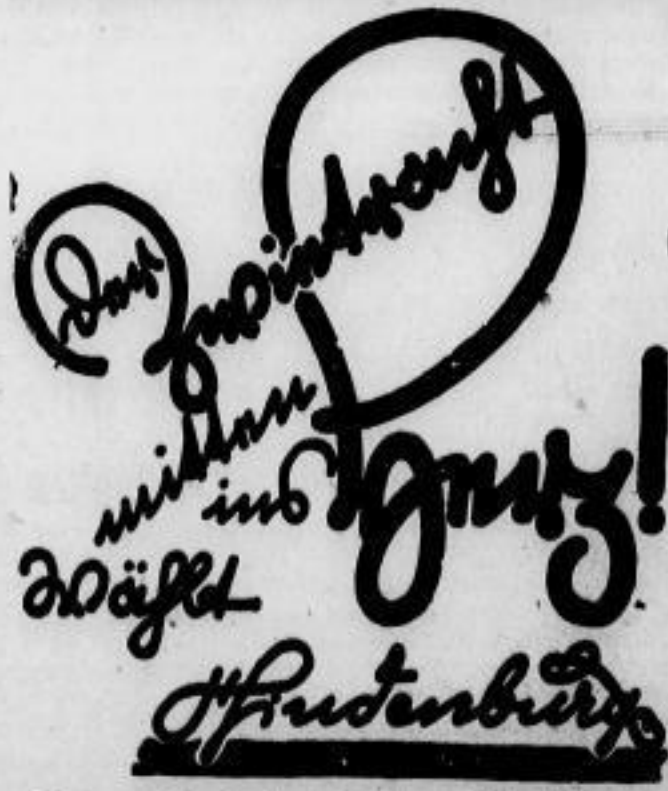
Völkerbund

nimmt die Schanghai-Entschließung an

Genf, 4. März. In später Abendstunde trat die Völkerbundsversammlung zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. Der Vertreter Chinas, Dr. Yen, erklärte, daß er die vom Hauptauschuß vorgelegte Entschließung annehme. Dr. Yen hob ausdrücklich hervor, daß die Bestimmungen der Entschließung sich nur auf die Waffenstillstandsverhandlungen, nicht auf die spätere Konferenz bezögen. In den Waffenstillstandsverhandlungen dürften China keine besonderen Bedingungen gestellt werden. Die Entschließung wurde mit allen Stimmen, einschließlich derjenigen Japans und Chinas angenommen. — Der Hauptauschuß wird am Sonnabend die Verhandlungen weiterführen.

Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Frankreich

Paris, 4. März. In 627 Gemeinden mit einer Bevölkerung von 12,5 Millionen Einwohnern betrug am 27. Februar die Zahl der unterstützten Arbeitslosen 293 198 1931 wurden nur 40 766 unterstützte Erwerbslose gezählt.



Das Zwangsverkauf müssen ins Zwangs! H. Duesterberg